

PRESSEMITTEILUNG

22. November 2010

Keine Kürzungen bei der Seniorenberatung!

Einstimmiger Beschluss des Ausschusses für soziale Stadtentwicklung

Um weiterhin eine effektive und bürgernahe Arbeit der Seniorenberatung und Betreuung in Wandsbek zu gewährleisten hat der Ausschuss für soziale Stadtentwicklung der Wandsbeker Bezirksversammlung in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, sich dafür einzusetzen, dass die bisher geplante Kürzung im Bereich der Seniorenberatung nicht umgesetzt wird und somit auch die Stellenanzahl der Sozialpädagogen in vollem Umfang erhalten bleiben kann. Dazu Regina Jäck, Sprecherin Sozialpolitik der SPD-Bezirksfraktion: „Mit diesem fraktionsübergreifenden Auftrag an die zuständige Fachbehörde möchten wir darauf hinwirken, dass die Betreuung der Senioren in Wandsbek in gewohntem Umfang weiter geführt werden kann.“

Die Ergebnisse der Sparklausur des Senats haben dazu geführt, dass im Haushalt 2011/2012 massive Einschnitte bei der personellen Ausstattung der Seniorenberatung (konkret der Sozialpädagogen) in allen Hamburger Bezirken erfolgen sollen. Derzeit sind in der Seniorenberatung-/betreuung ca. 28,5 Stellen im Personalschlüssel vorhanden. Sollten die Sparvorgaben eins zu eins umgesetzt müssten 600.000 Euro eingespart werden, dies würde den Wegfall von 12 Stellen bedeuten. Dadurch müsste die bisherige Seniorenberatung-/betreuung neu strukturiert werden und könnte nicht mehr im bisherigen Umfang fortgeführt werden. Deswegen stellt Uwe Lohmann, der Vorsitzende des Ausschusses für soziale Stadtentwicklung, fest: „Es darf nicht dazu passieren, dass wir es in der Seniorenarbeit auch mit einem Fall Jessica zu tun bekommen.“

Die Realisierung der Konsolidierungsmaßnahme des Senats würde besonders diejenigen älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger betreffen, die in Haushalts- und Lebensführung auf sich allein gestellt und auf Unterstützung angewiesen sind. Regina Jäck weiter: „Insbesondere vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und der aktuellen Bevölkerungsentwicklung auch im Bezirk Wandsbek bedeuten die geplanten Stellenreduzierungen eine massive Verschlechterung und Standardabsenkung in der Beratung und Betreuung von Seniorinnen und Senioren, die nicht hingenommen werden kann.“